

LEITARTIKEL

Wahl braucht Vertrauen

VON URSULA KNAPP, KARLSRUHE

Das Urteil des Bundesverfassungsgericht bedeutet nicht das Aus für Wahlcomputer – vorausgesetzt, Wahlen bleiben auch dann durchschaubar und kontrollierbar.

Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser. Das ist das Leitmotiv des Karlsruher Urteils zu den Wahlcomputern. Die Entscheidung bedeutet, anders als es auf den ersten Blick scheinen mag, kein endgültiges Aus für die elektronische Stimmabgabe.

Sicher, in der Vergangenheit entsprach die elektronische Wahl nicht den demokratischen Anforderungen. Aber nicht weil Wahlcomputer eingesetzt wurden, sondern weil diese Computer eingesetzt wurden. Geräte, in denen die Stimme des Wählers verschwand, um am Ende des Wahlabends innerhalb eines Gesamtergebnisses wieder aufzutauhen. Ob der Computer die Erst- und Zweitstimmen richtig erfasst hatte, darauf musste der Wähler vertrauen. Ebenso darauf, dass die Wählerstimmen richtig zusammengesetzt wurden. Kontrollieren konnte er es nicht.

Das muss anders werden, entschied der Zweite Senat. Solange das nicht der Fall ist, muss wieder mit Papier und Bleistift gewählt werden, etwa bei den Europawahlen im Juni oder den Bundestagswahlen im kommenden September.

Die Zukunft könnte dennoch der Computerwahl gehören. Der Vorsitzende des Karlsruher Senats, Andreas Voßkuhle, sagte sogar, dass sich das Gericht Wahlen per Internet vorstellen könnte. Voraussetzung ist aber auch hier, dass der Wähler die Kontrolle über die richtige Erfassung seiner Stimme behält.

Wie diese Kontrolle aussehen könnte, haben die sechs Verfassungsrichter und zwei Verfassungsrichterin bereits in ihr Urteil geschrieben. Jeder Wähler soll zusammen eine Quittung über seine Stimmabgabe erhalten. Dazu muss

der Computer ein Protokoll über die erfasste Erst- und Zweitstimme ausdrucken. Das Papier erhält der Wähler, es wird aber auch in eine Wahlurne geworfen. Damit kann bei Reklamationen geprüft werden, ob die Stimmen vom Computer richtig zusammengesetzt wurden. Und, was ebenso wichtig ist, Manipulationen am Programm würden dann sofort auffallen.

Denn dass das Eindringen in Wahlmaschinen kein von Technikfeinden erfundenes Horrorszenerium ist, bewiesen Computerexperten in den Niederlanden. In weniger als einer halben Stunde hatten sie die Wahlcomputer geknackt. Auch in den USA kam es in der Vergangenheit zu gravierenden Verzerrungen des Wahlergebnisses durch unentdeckte Programmfehler der Computer.

Wenn aber das Wahlergebnis durch unentdeckte Programmfehler der Computer. Wahlvolk kein Vertrauen mehr in den Urakt der Demokratie haben kann, wird das gesamte politische System marode. Das Karlsruher Urteil ist also keines gegen Computer, sondern gegen Intransparenz. Wahlen müssen durchschaubar und kontrollierbar bleiben, ob der Stimmzettel in der Kabine oder an einer Maschine ausgefüllt wird.

Bedenklich an dem Karlsruher Urteil stimmt nur, dass sich das Bundesinnenministerium und auch der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages so beharrlich weigerten, die Bedenken gegen die bisherigen Wahlcomputer ernst zu nehmen. Die Wahlbeschwerden der beiden Kläger, die das jetzige Urteil erstritten, wurden beiseite gewischt. Das Ministerium von Wolfgang Schäuble, sonst geneigt, alles und jeden im Lande zu kontrollieren, fand die geforderte Kontrolle des elektronischen Wahlaktes völlig über-



Wehret den Anfängen!

KARIKATUR: JANSON

Internet-Börse als Nothilfe gegen Studienplatz-Chaos

Bund, Länder und Hochschulen legen 15. Juli als Bewerbungsschluss fest

BERLIN (ap). Bund, Länder und Hochschulen wollen noch in diesem Jahr Studienanfängern ein Zulassungsschaos ersparen. Sie legten gestern den 15. Juli als einheitlichen Bewerbungsschluss für das Wintersemester 2009/10 fest.

Studierwillige, die bis Mitte August keinen Zulassungsbescheid haben, können sich ab Anfang September erstmals in einer Internetbörse über noch freie Plätze informieren und sich dann unmittelbar bei den jeweiligen Hochschulen bewerben. Wegen Vermittlungsproblemen waren an deutschen Hochschulen allein im Wintersemester 2008/2009 in Fächern mit Zulassungsbeschränkung Tausende Studienplätze für Erstsemester freigeblieben. Das Chaos war entstanden, weil sich Schulabgänger an vielen Universitäten parallel bewerben, dann mehrfach zugelassen werden und später ihre Bewerbung zurückziehen.

Nach einem Treffen mit Hochschulrektoren aus den 16 Bundesländern sowie Vertretern der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz erklärte Bundesbildungsministerin Schavan (CDU), es sei ein grundsätzlicher Konsens für

ein Übergangsverfahren erzielt worden. Danach solle voraussichtlich ab Wintersemester 2011/12 eine neue Serviceagentur bei der Vermittlung von Studienplätzen helfen. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) werde in der heutigen Form nicht mehr weiterbestehen.

Im Wintersemester 2008/2009 sind Tausende Studienplätze für Erstsemester frei geblieben.

Für den Aufbau der neuen Agentur stellt die Bundesregierung zehn Millionen Euro zur Verfügung. Die ZVS könne Vorschläge sowohl für die Internetplattform als auch für die geplante Serviceagentur vorlegen, sagte Schavan: „Sonst macht es jemand anderes.“ HRK-Präsidentin Wintermantel sagte, in Deutschland sei „das modernste Zulassungsverfahren überhaupt“ geplant. Studienwillige könnten künftig in einem dialogorientierten Verfahren den Lauf ihrer Bewerbung verfolgen. Ein solches Serviceangebot sei auch nötig angesichts des erwarteten Ansturms auf die Hochschulen. Wegen der Schulzeitverkürzung machen in den

kommenden Jahren Schüler nach 13 und nach zwölf Jahren Abitur.

Der Kultusminister von Sachsen-Anhalt, Olbertz (parteilos), sagte, auf jeden Fall müsse künftig verhindert werden, dass Studienplätze unbesetzt blieben. Die geplante Serviceagentur müsse genau geprüft werden – da man den „Hochschulen nicht abverlangen könne, ein suboptimales Produkt zu kaufen“.

Nach einer Umfrage des „Handelsblatts“ sind im Wintersemester 2008/2009 Tausende Studienplätze für Erstsemester freigeblieben. Besonders groß sei die Lücke in Frankfurt am Main: Die Goethe-Universität konnte demnach im Wintersemester 807 Plätze in zulassungsbeschränkten Fächern nicht besetzen – das waren 19 Prozent ihrer Kapazität. Sogar mehr als 30 Prozent blieben beispielsweise in den Fächern Wirtschaftspädagogik oder Biologie frei.

Auch an der TU Dresden sind die Erstsemesterplätze dem Blatt zufolge lediglich zu 82 Prozent ausgelastet. Fast 500 Plätze blieben ungenutzt. „Hier muss künftig die Festsetzung einer Zulassungsbeschränkung grundsätzlich überdacht werden“, räumte der Sprecher der Dresdener Universität ein.

KOMMENTAR

Kuba: Raúl Castro entlässt Vertraute von Fidel

HAVANNA (ehx). Gut ein Jahr nach seinem Amtsantritt hat Kubas Präsident Raúl Castro mit einer Kabinetts-umbildung wichtige Vertraute seines Bruders Fidel ihrer Ämter enthoben. Der größten Regierungsreform seit der Revolution 1959 fielen gestern überraschend Außenminister Felipe Pérez Roque (43) und Ministerpräsident Carlos Lage (57) zum Opfer. Beide gehörten zu den exponiertesten Figuren der kubanischen Führung und wurden nach Fidel Castros Erkrankung im Juli 2006 von ihm noch berufen. Neuer Außenminister wird Pérez Roques bisheriger Stellvertreter Bruno Rodríguez. Der 51 Jahre alte Jurist vertrat Kuba von 1995 bis 2003 bei den Vereinten Nationen. Als neuer Ministerpräsident fungiert José Amado Ricardo Guerra, ein General und enger Vertrauter von Raúl Castro. Insgesamt elf Ministerien wurden neu besetzt oder mit anderen Ressorts zusammengelegt. So mussten Wirtschaftsminister José Luis Rodríguez, Finanzministerin Georgina Barreiro Fajardo und Außenhandelsminister Raúl de la Nuez Ramírez gehen.

Pakistan: Anschlag auf Cricket-Team

LAHORE (ap/rtr). Bei einem Anschlag auf die sri-lankische Cricket-Nationalmannschaft sind gestern in der ostpakistanischen Stadt Lahore mindestens acht Menschen getötet und sieben weitere verletzt worden. Bei den Toten handelt es sich unter anderem um sechs Polizisten, die die Sportler beschützen sollten, und um eine Zivilperson, wie die Behörden mitteilen. Sechs Spieler und ein Trainer seien verletzt worden, schwebten aber nicht in Lebensgefahr. Rund zwölf Angreifer eröffneten das Feuer auf den Mannschaftsbus, der auf dem Weg zu einem Spiel war. Alle Täter konnten fliehen. Über ihre Identität und mögliche Hintergründe schwiegen sich offizielle Stellen aus. Als Täter kommen Beobachtern zufolge tamilische Rebellen oder militante Islamisten von der Organisation Lashkar-e-Taiba in Frage. Das islamische Terror-Netzwerk wird für die Anschläge im indischen Bombay im November verantwortlich gemacht.

US-Raketenschild: Obama dementiert

WASHINGTON (rtr). US-Präsident Obama hat einen Bericht der „New York Times“ zu einem politischen Handel mit Russland dementiert. Die Zeitung hatte berichtet, Obama habe den Verzicht auf den umstrittenen Raketenschild in Osteuropa angeboten, im Gegenzug aber Hilfe Russlands verlangt. Iran von der Entwicklung von Atomwaffen abzuhalten. Der Zeitungsbericht gebe den Inhalt seines Briefes an den russischen Präsidenten Medwedew nicht korrekt wieder, so Obama. Russland fordere den Verzicht des von Obamas Vorgänger Bush angekündigten Schil-

KOMMENTAR

Althaus' schwere Last

VON HANS-JÜRGEN REINHARD

Die strafrechtliche Seite des Falles Althaus ist nur das eine. Dem Politiker bleibt die Schuld – und Thüringen fehlt die Führung.

Wie lange kann so etwas gutgehen? Zwei Monate schon muss Thüringen ohne Ministerpräsidenten auskommen. Die Beratungen über die Zukunft der deutschen Opel-Standorte am Samstag fanden ohne Dieter Althaus statt, obwohl mit dem Werk Eisenach eine der wesentlichen Industrieansiedlungen in Thüringen unmittelbar von der Krise betroffen ist. Zwei Monate schon wartet auch die Thüringer CDU auf ihren Landesvorsitzenden. In zehn Tagen will die Partei ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl nominieren. Das geht zwar auch in Abwesenheit. Aber nach dem letzten ärztlichen Bulletin ist schwer vorstellbar, dass der bis zu seinem Skiunfall so dynamische Politiker in der Lage sein wird, im Wahlkampf eine tragende Rolle zu

spielen. Er werde wieder genesen, versichern die Ärzte. Über den Zeitpunkt sagen sie nichts. Die Thüringer CDU muss sich, ob sie will oder nicht, nach einer Alternative umsehen – und das rasch.

Angesichts des tragischen Unfalls auf der Skipiste in Österreich am Neujahrstag klingen solche Überlegungen allzu nüchtern. In der Tat muss Althaus nicht nur gesund werden, sondern auch damit weiterleben, am Tod eines Menschen schuld zu sein. Mit seinem Eingeständnis für die Landtagswahl wird diese Last ja nicht geringer.

Auch deswegen muss sich der Ministerpräsident fragen, ob er sein Amt noch ausfüllen kann – und will. Bei aller Tragik – ein Bundesland braucht eine handlungsfähige Regierung.

KOMMENTAR

Mängel im Management

VON BÄRBEL KRAUSS

Ein zuverlässiges Verfahren zur Vergabe der Studienplätze ist dringend nötig. Und alle Hochschulen müssten mitmachen.

Die Chancen sind nicht schlecht, dass es in diesem Herbst mit der Studienplatzvergabe tatsächlich besser klappt als in den vergangenen Jahren. Bisher endete das komplizierte Bewerbungsverfahren zu häufig so, dass gerade in den begehrten Fächern, in denen nicht alle Interessenten zum Zuge kommen, am Ende Studienplätze frei blieben. Schon vor Jahren haben Politik und Hochschulen ein Verfahren versprochen, das die Bewerber zuverlässig und effizient verteilt. Dass dieses nun nochmal ein Jahr später kommt, ist ärgerlich. Umso wichtiger ist, dass eine effektive Übergangslösung gefunden wird. In Zeiten in denen doppelte Abiturjahrgänge an die Universitäten strömen, weil fast alle Länder die Schulzeit auf zwölf Jahre verkürzt haben, ist es untragbar, dass die knappen Kapazitäten aufgrund von Managementmängeln nicht ausgelastet

werden. Deshalb sind die Hochschulen in der Pflicht. Dass die Bewerbungs- und Zulassungstermine vereinheitlicht werden, ist Voraussetzung für eine effizientere Verteilung der Bewerber.

Die Übergangslösung kann nur funktionieren, wenn alle Hochschulen ihre frei bleibenden Plätze bei der geplanten Internetbörse melden. Dass dies geschieht, ist bisher nicht garantiert. Die Hochschulrektorenkonferenz will sich lediglich dafür einsetzen. In der Vergangenheit haben die Hochschulen zu häufig den Eindruck gemacht, dass ihnen Forschungsfreiheit und Finanzautonomie wichtiger sind als alle Verpflichtungen, die sich aus der Lehre ergeben. Deshalb ist Vertrauen in ihren guten Willen nicht ausreichend. Es muss förmliche Selbstverpflichtung aller Hochschulen geben, bei der Übergangsbörse im Internet mitzumachen.

Ruandischer Rebellenführer zu Bewährungsstrafe verurteilt

FDLR-Chef lebt unbehelligt in Mannheim – Verwicklung in Völkermord ungeklärt

MANNHEIM (uwi). Das Mannheimer Amtsgericht hat den Präsidenten der berüchtigten ruandischen Hutu-Miliz FDLR gestern zu einer viermonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Der Rebellenführer wird Verstrickung in den Völkermord in Kongo vorgeworfen.

Doch darum ging es in Mannheim nur am Rande. Vielmehr war der seit 1989 in Deutschland lebende Rebellenchef Ignace Murwanashyaka angeklagt, weil er mehrfach gegen ein politisches Betätigungsverbot verstoßen hat. „Sie haben Stillschweigen zu bewahren. Wenn es Ihnen hier nicht passt, gehen Sie in ein anderes Land“, schlug Richter Thomas Palm vor.

Der von Interpol gesuchte promovierte Volkswirt führt seit 2002 von der Bundesrepublik aus die Rebellengruppe. „Die Hauptkommunikation läuft über das Internet“, berichtete er gestern. In einem Interview des Fernsehmagazins „Fakt“ im November 2008 ließ er keinen Zweifel an seiner Führungsrolle: „Ich bin der Präsident dieser Organisation. Ich weiß ganz genau, was geschieht.“

Mit seinen Aktivitäten habe Murwanashyaka 13 mal gegen das Aufenthaltsgesetz verstoßen, sagte der Richter. Die Stadt Mannheim, die ihn monatlich mit 432 Euro unterstützt, hatte im Mai 2006 eine Verfügung erlassen, die dem Afrikaner untersagt, sich politisch zu äußern und für die FDLR zu betätigen. Doch im Internet war weiterhin seine Telefonnummer als Kontaktadresse der FDLR zu lesen. Menschenrechtsorganisationen



FOTO: AFP

Steuert seine in Ostkongo stehende Truppe von Deutschland aus: Rebellenchef Ignace Murwanashyaka.

wurden der FDLR Massaker an der Zivilbevölkerung in Ostkongo vor. Sie soll sich auch aus Angehörigen der ruandischen Armee und Milizen rekrutieren, die 1994 in Ruanda rund 800.000 Tutsis und gemäßigste Hutus abschlachtenen.

Die Soldaten seien verantwortlich für Brandschatzung von Dörfern, Mord und Vergewaltigung, sagt Monika Hauser, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, die Gewaltopfer betreut. Murwanashyaka müsse daher an ein internationales Strafgericht ausgeliefert werden. „Es gibt erhebliche Verdachtsmo-

mente, dass die FDLR in Völkermord verwickelt ist“, glaubt Staatsanwalt Andreas Grossmann, der eine achtmonatige Bewährungsstrafe fordert. Der Verteidiger plädierte auf Freispruch.

Interpol hat Murwanashyaka zur Fahndung ausgeschrieben. In den USA steht die FDLR auf die Terrorliste. „Dass dieser Präsident einer eindeutig terroristischen Organisation seit einigen Jahren hier lebt, ist eine Schande für die Bundesrepublik“, findet der sicherheitspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Winfried Nachtwei.

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: RHEINPFALZ Verlag und Druckerei GmbH & Co. KG, Amtsstr. 5 - 11, 67059 Ludwigshafen, Postfach 21 11 47, 67011 Ludwigshafen
E-Mail: rheinpalz@rheinpalz.de
Druck: Oggersheimer Druckzentrum GmbH, Flomersheimer Str. 2 - 4, 67071 Ludwigshafen
Servicecenter: Telefon: 0621 5902-745, 0180 1000272, Fax: 0180 1000273, 3,9 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz; ggf. abweichende Preise a. d. Mobilfunknetz
E-Mail: servicecenter@rheinpalz.de
Chefredakteur: Michael Garthe
Redaktion: Telefon: 0621 5902-01, E-Mail: redaktion@rheinpalz.de
Stellv. Chefredakteur und Leiter der Lokalredaktionen: Andreas Bahner, Chef vom Dienst: Peter Leister; Politik und Zeitgeschehen: Hans-Jürgen Reinhard (verantwortl.), Dr. Ralf Joas (Stellv.), Manuela Müller-Roth; Wirtschaft: Jürgen Eustachi (verantwortl.), Olaf Lisman (Stellv.); Kultur und Gesellschaft: Markus Clauer; Sport: Horst Konzek (verantwortl.), Oliver Wehner (Stellv.); Südwestdeutsche Zeitung: Rolf Schlicher (verantwortl.), Jürgen Müller (Stellv.); Berliner Redaktion: Hartmut Rodenwoldt (verantwortl.), Winfried Foltz; Mainzer Redaktion: Arno Becker (verantwortl.), Karin Dauscher. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten keine Gewähr für Rücksendung.
Anzeigen: Ulf Spannagel
Anzeigen nach Preisliste 63 vom 1. Januar 2009. Monatlicher Bezugspreis bei Trägerzustellung € 25,40, im Postbezug € 27,80. Alle Preise einschließlich der RHEINPFALZ-CARD und inkl. der gesetzlichen MwSt. Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Ludwigshafen a. Rh. Konto-Nr. 3646130, BLZ 545 201 94. Postbezieher erhalten ständig in der Montag-Ausgabe DIE RHEINPFALZ am Sonntag. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen 6 Wochen vorher schriftlich beim Verlag vorliegen. Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen. Unsere Donnerstagsausgabe enthält ständig das Freizeitmagazin LEO.
RHEINPFALZ online - die Adresse im Internet: http://www.rheinpalz.de